

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Dienstag, den 14. Mai 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der Hausknechtsparagraph.

Als die Volksvertreter, welche vor 40 Jahren das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich feststellten, den § 105 einfügten, wußten sie wohl, was sie taten. Dieser Paragraph bestimmt, daß mit Zucht haus bestraft wird, wer es unternimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft mit Gewalt aus dieser Versammlung zu entfernen. Damals befanden sich im Reichstage noch viele Politiker, welche die Stürme von 1848 und 1849 und den Konflikt Bismarcks mit dem preussischen Abgeordnetenhaus in den sechziger Jahren mitgemacht hatten. Man dachte an die Sprengung der Berliner Nationalversammlung und des Frankfurter Parlaments und wollte gegen derartige Gewalttaten einen gesetzlichen Schutz gewinnen, der allerdings in solchen Fällen sich meist unwirksam erweisen dürfte. Zweifellos hat man aber auch daran gedacht, daß diese Bestimmung gegen den Mißbrauch der Macht der Mehrheit schützen sollte. Denn die französische Kammer hatte sich in den zwanziger Jahren in ihrem reaktionären Übermut so weit fortreißen lassen, den republikanischen Abgeordneten Manuel aus nichtigen Gründen auszuschließen und mit Militärgewalt aus dem Sitzungssaal entfernen zu lassen, während der berühmte Nationalökonom List wegen einer von ihm eingereichten Petition um Abstellung einiger Mißbräuche aus der württembergischen Abgeordnetenkammer ausgeschlossen und dem Strafrichter überliefert worden war. Gegen solche Gewalttaten sollte der § 105 schützen und es kommt nicht darauf an, ob es sich um dauernden oder zeitweiligen Ausschluß handelt. Wenn nun eine reaktionäre Mehrheit durch entsprechende Bestimmungen in der Geschäftsordnung der Minderheit diesen Schutz wieder raubt, so kann das nicht als berechtigt betrachtet werden, und wenn auch in solchen Fällen wie gewöhnlich Macht vor Recht geht, so entsteht doch dadurch ein unhaltbarer Zustand. Darum kann auch der gegenwärtige Zustand im preussischen Abgeordnetenhaus nicht bestehen, wenn auch das junkerliche Machtbewußtsein mit Hilfe der Polizei dort vorläufig gesteuert hat. Denn daß in einem Parlament ein Polizeihauptmann mehr zu sagen haben soll als ein Abgeordneter, das ist ein Todesstoß für das Ansehen des gesamten Parlaments, und wenn ein präsidierender Junker das nicht einzusehen vermag, so ist das sein spezielles Pech. Ein Parlament kann nur auf die Dauer sich behaupten durch die Sympathien, die ihm vom Volke entgegengebracht werden; verwandelt sich diese in Antipathien, dann werden sich über kurz oder lang die Schwerpunkte der ganzen Einrichtung verschieben. Das Ansehen des preussischen Abgeordnetenhauses ist ohnehin schon schwer geschädigt worden durch die Wirkungen des Dreiklassenwahlsystems. Nun kommt der Polizeistreich gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten, das Eindringen der Polizei sowie deren gewalttätiges Eingreifen hinzu. Das wird die Bewegung gegen das Dreiklassenwahlgesetz gewaltig anschwellen machen, das die eigentliche Ursache des Vorganges ist, zu dem die Nervosität des Präsidenten den äußeren Anlaß gegeben hat.

Es ist interessant, die Haltung der bürgerlichen Presse gegenüber dem Skandal im Abgeordnetenhaus zu beobachten. Die reaktionären Blätter billigen einfach das Vorgehen des Präsidenten. Am tollsten gebärdet sich die rechtsnationalistische „Tägliche Rundschau“, welcher die Polizei für solchen Dienst noch zu gut erscheint und die beim nächsten Male die Kaiserin damit beauftragt wissen möchte. Diese Kanakrämer leisten schon von vornherein einen großen Dienst; sie machen endgültig dem Phantom von der „großen Linken“ mit Einschluß der Nationalliberalen den Garaus. Die linksnationalistische Presse versteigt sich nicht bis zu den Kanakrämern, aber sie gibt dem von der Polizei drangsalirten sozialdemokratischen Abgeordneten alle Schuld an dem ganzen Skandal. Die streifinnige „Vossische Zeitung“ bringt ein Gutachten eines Suffragats Sonnenfeld bei, der ausführt, nur das „befugte“ Verweilen im Sitzungssaal geniesse den Schutz des Strafgesetzbuches. Dieser treffliche Jurist erkennt also an, daß eine reaktionäre Mehrheit durch einen „Hausknechtsparagraphen“ die schützende Bestimmung des Strafgesetzbuches aufheben darf. Nur einige linksliberale und bürgerlich-demokratische Blätter verwerfen unbedingt das Vorgehen des Präsidenten v. Erffa, wobei sie sich meist durch starke Ausfälle gegen die kleine sozialdemokratische Fraktion gegen den Vorwurf des Radikalismus zu decken suchen.

Die Geschäftsordnung mit dem famosen „Hausknechtsparagraphen“, für den auch die meisten Nationalliberalen stimmten, ist ein Werk des schwarz-blauen Blocks, und die

Haltung der liberalen Presse ist darum so recht bezeichnend. Sie zeigt, wie der Liberalismus von Stufe zu Stufe sinkt und wie er die Volksrechte zerstören hilft, die er einst selbst durchgesetzt hat. Man kann sich nicht wundern, daß die Junker immer übermächtiger werden, wenn sie sehen, wie der Liberalismus die Errungenschaften, auf die er einst so stolz war, eine nach der anderen preisgibt. Am lächerlichsten kommt uns das Gewinsel jener liberalen Presse vor, welche meint, der Präsident des Abgeordnetenhauses hätte den „Hausknechtsparagraphen“ „nicht so streng“ anwenden sollen. Gerade solche Paragraphen werden aber nicht geschaffen, um nur auf dem Papier zu stehen.

Geradezu beschämend aber ist das Verhalten der Abgeordneten der Liberalen Volkspartei, die, wie wir gestern schon mitteilten, das Vorgehen des Junkers Erffa unter Aufgebot einer Anzahl Redensarten billigen. Dieser kann sich der Liberalismus nicht erniedrigen, als es hier geschehen ist.

Man kann aus diesen Erscheinungen nur den Schluß ziehen, daß der deutsche Liberalismus alle Widerstandsfähigkeit verloren hat und die Knüffe und Büsse, welche die Reaktion in Zukunft auszuteilen gedenkt, ergebenst hinzunehmen bereit ist.

Aber die Tatsache, daß unser Parteigenosse, der Abgeordnete Borchardt der Polizei ausgeliefert wurde und ein Polizeihauptmann im Sitzungssaal der preussischen Volksvertretung eine Zeitlang eine Art Diktatur ausüben konnte, hat im Volke eine ungeheure Aufregung hervorgerufen, die noch lange nachwirken wird. Je kläglich der Liberalismus zusammenbricht, um so kräftiger wird sich nun die Volksbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht richten. Hunderttausende, die bisher noch nicht von dem Strom dieser Bewegungen erfaßt waren, werden sich ihr anschließen. Seitdem man die Bickelhauben und Säbel der Schutzleute im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses gesehen hat, werden, die es noch nicht begriffen haben, nunmehr begreifen, daß die Reaktion auf's Ganze geht. Die Maßregelung des Abgeordneten Borchardt ist der Anfang vom Ende des Dreiklassenwahlsystems.

Fast überall, wo sich ähnliche Erscheinungen gezeigt haben, ist über kurz oder lang ein Umschlag eingetreten. Auch bei uns kann er nicht ausbleiben. Der Reaktion stemmt sich immer stärker ein unüberwindlicher Volkswille entgegen.

Heute mögen die schwarz-blauen Reaktionäre noch triumphieren. Aber wir wissen recht gut, daß ihnen nicht wohl bei der Sache ist. Die Verlegenheitsphrasen, mit denen man das Vorgehen gegen die unbequeme sozialdemokratische Fraktion rechtfertigen wollte, bewiesen denn doch, daß man das Gefühl hatte, die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes werde die Sache nicht gutheißen; man kann ja die bei den Reichstagswahlen empfangene Lehre noch nicht vergessen haben. Dieser „Hausknechtsparagraph“ wird sich rächen. Er sollte das in allen Ecken krachende Gebäude der konservativen Herrschaft stützen und wird sein vollgerichtetes Maß dazu beitragen, es zu unterhöhlen. Wir werden ja sehen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Duelldebatte.

Vor 3 Wochen kam es im Reichstag zu der stürmischen Szene, bei der die große Mehrheit des Hauses gegen den Kriegsminister stand. Herr v. Heeringen hatte in nachdrücklicher Kürze den Duellgegnern das Recht der Zugehörigkeit zum Offizierkorps bestritten. Tags darauf gab Herr Dr. Spahn die bekannte Erklärung ab, in der er mit einer gründlichen Auseinandersetzung in der Kommission drohte. Aber zu der Auseinandersetzung ist es nicht gekommen, und der Kriegsminister, der damals leichtenblau wurde, brauchte weder aus dem Amt zu scheiden, noch auch nur seine Provokation zurückzunehmen. Er kleidete sie in vorsichtigerer Worte, und das Zentrum begnügte sich mit einer recht harmlosen Resolution, die so gestaltet war, daß Herr von Heeringen sie ausdrücklich akzeptierte. In dieser Resolution ist sogar die Kabinettsordre, die das Duell als Einrichtung anerkennt, besonders unterstrichen. Und hätte die Budgetkommission nicht wenigstens das fortschrittliche Amendement angenommen, wonach gegen Duellanten auf Entlassung aus dem Heere erkannt werden soll, so wäre die Resolution ohne jede Bedeutung gewesen. Diese Resolution, so wie sie von der Budgetkommission vorge schlagen war, verbesserte unsere Fraktion in der gestrigen Sitzung noch durch einen Zusatz, der jede Maßregelung für diejenigen Offiziere ausgeschaltet wissen will, die sich dem Duellzwange nicht unterwerfen wollen. Aber das Zentrum, das es unter keinen Umständen wegen dieser Frage

auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen wollte, hatte in seiner großen Mehrheit die Unerschrockenheit, gegen diesen ganz selbstverständlichen Antrag zur größten Verblüffung des gesamten Hauses zu stimmen. Es erlebte freilich die Blamage, daß trotz dieser Entschlossenheit und entgegen seiner Haltung unser Antrag mit 20 Stimmen Mehrheit angenommen wurde.

In der Debatte hatte zuerst Genosse Ledebour in präziser Rede die ganz klare Auffassung vertreten, welche gegenüber unserer Partei ein Problem einnimmt, das für vernünftige Menschen längst kein Problem mehr ist. Er wies natürlich auch auf die merkwürdige Wandlung hin, die sich innerhalb des Zentrums seit dem stürmischen April vollzogen hat. Aber das hielt Herrn Gröber nicht ab, alle Diplomatie aufzubieten, um mit dem früheren Standpunkt das Bedürfnis nach Eintracht mit der Regierung zu vereinbaren. Viel weniger diplomatisch war Herr v. Heeringen selbst, der sich höchstens Mühe gab, allerhand Argumente zugunsten des Duells vorzubringen. Die Argumente waren allerdings nicht eben geschickt und von einer im besten Falle soldatischen Logik. Das wollte ihm freilich niemand auf der Linken glauben, daß er das Duell bekämpft! Selbst der Nationalliberale Dr. Schiffer mußte gegen ihn polemisieren, und viel schärfer ging gegen ihn der fortschrittliche Pfarrer Heyn vor, der sehr energische Worte fand, um die Unbilligkeit des Duells nachzuweisen. Graf Westarp und der von vielen Schmissen heimgejuchete Reichsparteiler Martini waren die einzigen, die gegen die ganze Resolution Stellung nahmen.

Die Spezialdebatte über den Militäretat, die dann wieder aufgenommen wurde, konnte auch gestern nicht zu Ende geführt werden. Für die Bautechniker in den militärischen Bauämtern sprach Genosse Zubeil, und für Verbesserungen im Medizinalwesen der Armee hielt Genosse Fischer-Sachsen eine eingehende Rede.

In der heutigen Debatte werden die Fragen der Militärarbeiter erörtert werden, nachdem vorher die ersten „Anfragen“ beantwortet sein werden.

Duellfrage und Marinevorlage in der Budgetkommission des Reichstags.

Zur Duellfrage sprach in der Sitzung der Kommission nur noch der Konservative Graf Westarp. Der Zweikampf verstoße unfruchtbar gegen die göttlichen und menschlichen Gebote; aber trotzdem können die Konservativen weder der freisinnigen noch der sozialdemokratischen Resolution zustimmen. Beim Zweikampf handele es sich um einen Konflikt der Pflichten, nicht um frivole Handlungen. Das Duell sei bei den Offizieren die Befähigung der Anschauung, daß sie zu jeder Stunde bereit sein müssen, ihr Leben und ihre Person einzusetzen. Wenn den jungen Offizieren Mut und Tapferkeit anerkannt werden solle, müsse bei ihnen die Anschauung einer solchen Betätigung gefestigt werden. Für einen Teil der Zentrumsresolution werden die Konservativen eintreten.

Bei der Abstimmung wurde die sozialdemokratische Resolution gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, ebenso die von den Volksparteilern geforderte Reform der Ehrengerichtsordnung. Angenommen wurde die Forderung, daß gegen Duellanten als Nebenstrafe auf Entfernung aus dem Heere erkannt werden kann; ferner die Resolution des Zentrums, für deren ersten Absatz auch die Sozialdemokraten stimmten.

Es folgte sodann die Beratung der Marinevorlage. Genosse Bernste in bekämpfte die Vorlage, die eine Erhöhung der Kriegsgefahr bedeute. Weder zum Schutze seiner Küsten, noch seines Handels bedürfe Deutschland einer solchen Rüstung zur See. Die Rede des englischen Abgeordneten Faber, der von den gegen Deutschland gerichteten englischen Kriegsrüstungen gesprochen habe, sei ein Ausfluß des politischen Alkoholismus, bei dem auch der Alkohol selbst eine Rolle gespielt habe. — Abgeordneter Bassermann erklärte, die Marinevorlage habe keinen politischen und aggressiven Charakter, sie sei einfach eine marineteknische Ergänzung, wenn auch zuzugeben sei, daß die Vorgänge im letzten Sommer mit ihr zusammenhängen. — Abgeordneter Sothein erklärte, daß man sich die Frage vorlegen müsse, ob diese Vorlage ein Moment unserer Stärke oder Schwäche in der auswärtigen Politik darstelle. Mit jeder Flottenermehrung verschlechtere sich unser Verhältnis zu England. Was ist Wahrheit an dem Gerücht, daß England einen militärischen Überfall Deutschlands im letzten Sommer geplant haben soll?

Ohne diese Aufklärung falle es doch schwer, einer Vorlage mit solch bedenklichen politischen Folgen zuzustimmen. Die Volkspartei habe sich nur „schweren Herzens“ zur Annahme entschlossen, weil sie auch glaube, daß die Vorlage keine aggressive Tendenz habe. — Staatssekretär v. Tirpitz berief sich wegen des Gerüchts von der deutsch-englischen Kriegsgefahr im letzten Sommer auf die













